

Repolitisierung des Journalismus – Rollen und Aufgaben in einer agonalen Demokratie

Perspektiven journalistischer Rollen aus einer poststrukturalistischen Diskurs- und Hegemonietheorie und des amerikanischen Pragmatismus

Volker M. Banholzer*

Journalismus und Medien sind Teil der kritischen Infrastruktur der Demokratie. Es wächst allerdings die Kritik am Ausfüllen dieser Rolle. In der Kritik stehen die aus der deliberativen Demokratietheorie abgeleiteten Vorgaben der Objektivität und Neutralität sowie das von einer neutralen Vermittlerrolle dominierte berufliche Selbstverständnis. Journalismus fungiere als Echokammer von Eliten, erschöpfe sich in der reinen Wiedergabe von Äußerungen politischer Akteure und verzichte auf Einordnung. Das trägt nach Ansicht der Kritik dazu bei, Entpolitisierung und damit auch Entdemokratisierung zu befördern. Internationale Studien schlagen vor, „Das Politische“ als Kern pluralistischer und konflikthafter Demokratie für den Journalismus (wieder) zu entdecken. Die Bezüge der Journalismusforschung auf politische Theorien der deliberativen Demokratie scheinen hier an Grenzen zu stoßen. Politikwissenschaftliche Diskurse zu Ent- sowie die Repolitisierung können auch für die Journalistik wichtige Impulse geben. Hierzu zählen das agonistische Modell von Chantal Mouffe, aber vor allem die Öffentlichkeitstheorie des demokratischen Experimentalismus eines John Dewey, die Perspektiven einer Repolitisierung und damit einen Beitrag zu einem sich wandelnden Rollenverständnis von Journalismus in seiner Gleichzeitigkeit als Beobachter und Akteur in der pluralistischen Demokratie leistet.

Schlüsselwörter: Politischer Journalismus, Entpolitisierung, Repolitisierung, deliberative Demokratietheorie, amerikanischer Pragmatismus

Repoliticization of Journalism – Roles and Tasks in an Agonal Democracy

Perspectives on Journalistic Roles from a Poststructuralist Discourse and Hegemony Theory and American Pragmatism

Journalism and media are part of democracy's critical infrastructure. There is, however, growing criticism of the way they fulfil this role. Criticism focuses on the requirements of objectivity and neutrality derived from deliberative democratic theory, as well as the field's professional self-image as one dominated by the role of the neutral mediator role. Journalism functions as an echo chamber for elites, is based purely on the reproduction of statements by political actors and avoids classification. For a number of critics, this contributes to its depoliticization and dedemocratization. International studies suggest (re)discovering "the political" and placing it at the core of pluralistic and conflictual democracy. Journalism research's references to political theories of deliberative democracy seem to reach their limits here. Political science discourses on depoliticization and repoliticization can also provide important impulses for journalism through the analysis of the political. These include the agonistic model of democracy as elaborated by political scientist Chantal Mouffe, but above all the public sphere theory of John Dewey's democratic experimentalism, which offers a perspective on

* Prof. Volker Markus Banholzer, Technische Hochschule Nürnberg, Studiengang Technikjournalismus/Technik-PR, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Deutschland, volkermarkus.banholzer@th-nuernberg.de, ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-1382-0713>

repoliticization, contributing to a transformative understanding of the role journalism plays both as observer and as actor in a pluralistic democracy.

Keywords: political journalism, depoliticization, repoliticization, deliberative democratic theory, American pragmatism.

1. Zur Einführung: Die Frage nach dem Politischen im oder des Journalismus

Medien bilden zusammen mit Parteien die „kritische Infrastruktur der Demokratie“ (Müller 2021: 170). Demokratie ist auf Kommunikation angewiesen und die Interrelation von Medien, Journalismus und Politik ist zentral für das Funktionieren von Demokratie (Saxer 1998; Schulz 2011; Wessler & Rinke 2016). Journalismus hat den gesellschaftlichen Auftrag, Öffentlichkeit herzustellen, weil hier die in einer pluralistischen Gesellschaft legitimen und gegensätzlichen Meinungen und Interessen gleichberechtigt verhandelt werden. Das Pluralismusmodell gründet auf der Annahme, dass in einer Gesellschaft stets Interessen widerstreitend aufeinandertreffen, die demokratisch, politisch ausgehandelt werden müssen.

Wessler und Rinke (2016) fassen drei Gruppen normativer Öffentlichkeitstheorien zusammen, die diese Annahmen von Pluralismus aufgreifen – die liberale, die deliberative und agonistische Theorie. Der liberale Ansatz sieht die Funktion von Öffentlichkeit im Abbilden des Meinungs- und Interessenspektrums in einer Gesellschaft, jeweils proportional zu ihrer Stärke. Das Konzept der deliberativen Demokratie beschreibt Schulz (2011: 162) angelehnt an Jürgen Habermas als einen anspruchsvollen politischen Diskurs in peripheren Netzwerken der politischen Öffentlichkeit zur politischen Meinungs- und Willensbildung der Bürger:innen. Abhängig vom diskursiven Niveau der Debatte führe das Ergebnis dann zu politischen Entscheidungen (ebd.).

Sowohl der liberale als auch der deliberative Ansatz sind in jüngster Zeit kritisiert worden. Raeijmaekers und Maesele unterstreichen, dass diese Ansätze in Verbindung mit den Idealen von Objektivität, Ausgewogenheit und Neutralität als Kernelement des professionellen Journalismus ungeeignet sind (Raeijmaekers & Maesele 2017: 647) und schlagen für die Kommunikationswissenschaft eine fundierte philosophisch-theoretische Analyse vor (Raeijmaekers & Maesele 2015: 1043). Basis dieser Analyse ist das agonistische Modell von Demokratie. Dieser agonistische Ansatz wird von Wessler und Rinke (2016: 641) allerdings eher mit Randphänomenen in Verbindung gebracht, es gehe in der Theorie um „freien Selbstausdruck und die Selbstermächtigung insbesondere marginaler und unterdrückter Gruppen und Gemeinschaften“. Wie zu zeigen sein wird, ist diese Sichtweise verkürzt und übersieht das Potenzial des agonistischen Ansatzes sowohl für die Demokratietheorie als auch für die Journalismusforschung und Kommunikationswissenschaft.

Wichtig für die Nutzbarmachung des agonistischen Ansatzes ist die für die Politikwissenschaft zentrale Unterscheidung des Politischen von der Politik als System (Meyer 2003: 69). Zum Politischen gehört stets die Offenheit seiner Entscheidungsprozesse und die Chance zur Partizipation für alle Betroffenen (ebd.). Das scheinbare Paradox „unpolitischer Politik“ tritt auf, wenn verbindliche Entscheidungen ohne Anerkennung der ursprünglichen Verschiedenheit und der Verständigung der Verschiedenen zustande kommen. „Politische Politik“ ist dagegen die Entscheidungsfindung, die sich des konflikthaften Politischen bewusst und durch offene Prozesse und Beteiligung der Betroffenen gekennzeichnet ist (ebd.: 71). Diese Verwendung des Begriffs des Politischen ist auch die Basis der Debatte um Entpolitisierung von Politik und der sich daran anschlie-

ßenden Forderung nach Repolitisierung der Politik, der politischen Bildung oder – wie im Kontext dieser Abhandlung – des Journalismus.

In der deutschsprachigen Journalismusforschung sind erste Beiträge erschienen, die diese Unterscheidung von „der Politik“ und „dem Politischen“ aufnehmen. Lünenborg und Sell (2018) unterscheiden zwischen einerseits – an Chantal Mouffe und an Hannah Arendt anknüpfend – Politischem Journalismus und andererseits Politikjournalismus als klassischem Ressort mit dem Fokus auf institutionalisiertem politischen Handeln. Diese Unterscheidung ist jedoch noch nicht etabliert. Wessler und Rinke (2016) verwenden Politikjournalismus und Aspekte des politischen Journalismus synonym. Auch Herausgeber und Autor:innen im Sammelband von Otto und Köhler (2017) zur Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus verwenden den Begriff nicht, um das Politische in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten, sondern verstehen darunter die übergreifende journalistische Bearbeitung von für die Politik relevanten Aspekten der Wirtschaft.

In der internationalen Journalismusforschung wird allerdings auf Basis der oben skizzierten Begriffsdifferenzierung auch für den Journalismus die These der Entpolitisierung vertreten. Maesele und Raeijmaekers (2020) kritisieren mit Blick auf pluralistische Mediensysteme seit einiger Zeit sowohl den liberalen als auch den deliberativen Ansatz als unzureichend und merken an, Journalismus sei so nicht geeignet, widerstreitende Ideen und Interessen in einer Gesellschaft adäquat sichtbar machen zu können. Die Medien würden teilweise als Echokammer der Meinungen von Eliten wahrgenommen, und Journalismus nehme die ihm zugeschriebene Rolle als Kontrolleur des politischen Systems nicht wahr. Müller (2021: 146) kritisiert in diesem Sinne, aber aus Sicht der Politikwissenschaft, den Rückzug des Journalismus auf Information und damit den Verzicht auf Interpretation und Bewertung. Medien konzentrierten sich in der Berichterstattung auf die Wiedergabe von Äußerungen politischer Akteur:innen, ohne den größeren Zusammenhang dieser Reden und Handlungen aufzuzeigen, geschweige denn diese zu bewerten (ebd.). Das wird auch vom beruflichen Selbstverständnis von Journalist:innen gestützt, die sich selbst als neutrale Vermittler und unparteiische Beobachter sehen (Steindl, Lauerer & Hanitzsch 2017: 419; vgl. auch Hanitzsch & Lauerer 2019). Kritik kommt zudem von Gruppen, die einerseits ihre Position in den Mediendiskursen als zu gering repräsentiert sehen oder andererseits die Unterrepräsentation von „Grand Challenges“ (Decker et al. 2018) wie Klimakrise, soziale Ungleichheit oder aktuell Pandemiebekämpfung bemängeln.

Diese Aspekte sollen im Folgenden eingeordnet werden. Zunächst wird der Prozess der Entpolitisierung aus politikwissenschaftlicher Perspektive beschrieben. Danach werden Ansätze der Demokratietheorie erörtert, die geeignet erscheinen, die analytischen und praktischen Grundlagen für eine Repolitisierung des Journalismus zu liefern. Ausgangspunkt ist die Unterscheidung des Politischen und der Politik wie im radikal-demokratischen Ansatz von Chantal Mouffe ([2000] 2018, [2005] 2017 und [2013] 2016)¹, die ein Konzept der agonistischen Demokratie verfolgt. Auf diesen Ansatz haben bereits zahlreiche internationale Arbeiten Bezug genommen (vgl. Carpentier & Cammaerts 2006; Karppinen, Moe & Svensson 2008; Maesele & Raeijmaekers 2020; Budarick 2018 und 2019). Wie zu zeigen sein wird, fokussiert dieses Modell vor allem auf gesellschaftliche Konfliktlinien und deren streitvoller, aber friedlicher Diskussion, betrachtet dabei allerdings weniger die Rolle von Intermediären jenseits von politischen

1 Die Publikationen von Chantal Mouffe werden nach den deutschen Übersetzungen [Original-Jahresangabe jeweils davor in Klammern] zitiert: *The Democratic Paradox* [2000] 2018, *On the Political* [2005] 2017, *Agonistics – Thinking the World Politically* [2013] 2016.

Parteien. Deshalb erscheint ein Rückgriff auf die Konzeption von Öffentlichkeit in der Demokratietheorie des amerikanischen Politikwissenschaftlers John Dewey ([1927] 2016) als zielführend. Sein demokratischer Experimentalismus (Antic 2017) bietet einerseits Aspekte der Repolitisierung sowie andererseits auch Impulse für eine Theorie der Öffentlichkeit, die zudem die veränderten Rahmenbedingungen der Digitalisierung und sozialer Plattformen umfassen kann. Seine Forderungen, Politik müsse sich an der Wissenschaft orientieren und wissenschaftliche Erkenntnisse müssten dem öffentlichen Diskurs (durch Medien) zur Verfügung gestellt werden (vgl. Müller 2021: 128; Kloppeberg 2000: 69) sind für die aktuellen Debatten um die gesellschaftlichen Herausforderungen durch Pandemie- oder Klimaereignisse und deren journalistische Begleitung hochrelevant. Sowohl Mouffe als auch Dewey positionieren sich selbst in Abgrenzung zu liberalen bzw. deliberativen Demokratiemodellen. Abschließend werden die Potenziale für eine Repolitisierung (Selk 2011; Séville 2017) des Journalismus in der Journalismusforschung und in der journalistischen Praxis skizziert. Gerade durch die Öffentlichkeitskonzeption von Dewey bieten sich Anschlussmöglichkeiten zu Überlegungen der Kommunikationswissenschaft, die Lösungen für die diagnostizierte Krise der Qualitätsmedien (Blum et al. 2011; Neuburger 2014; Meyen 2020) suchen.

2. Facetten der Debatte um Entpolitisierung

In der Politikwissenschaft wird die Debatte über De- oder Entpolitisierung der Gesellschaft oder von Politikfeldern seit mehreren Jahren geführt (Selk 2011; Sturm 2013; Michelsen 2018; Schäfer & Meiering 2020). Den vielfältigen politikwissenschaftlichen Perspektiven auf Postdemokratie und Entpolitisierung (vgl. Burnham 2000; Rorty 2007; Crouch 2008 und 2021; Greven 2010; Beck 2011; Fawcett et al. 2017) ist das Fazit gemeinsam, dass Prozesse der Entpolitisierung zum Ziel und/oder zur Folge haben, die Kontingenz und Komplexität moderner, demokratischer Gesellschaften zu reduzieren oder sogar absichtsvoll zu verschleiern. Dabei wird die Diagnose oder der Prozess der Entpolitisierung synonym mit den Diagnosen eines Zeitalters des Postpolitischen (Mouffe 2016; 2017), der Post-Demokratie (Rancière 2002) oder des Prozesses der Entdemokratisierung (Meyer 1992) verwendet.

Entpolitisierung ist eine Strategie der Kontingenzausblendung, um politische Entscheidungen als Sachzwänge legitimieren zu können, was oft durch eine Rhetorik der Alternativlosigkeit zum Ausdruck gebracht wird (vgl. Selk 2011; Séville 2018). Sie verschleiert Handlungsmöglichkeiten im demokratischen Prozess durch das Ausblenden historischer Dimensionen, dem Verweis auf rationale Verfahren der Deliberation sowie mit expertokratischen Politikentwürfen (Selk 2011: 190). Für Thomas Meyer (1992; 2001) ist Entpolitisierung damit Entdemokratisierung, weil Mitgliedern der Gesellschaft auf diese Weise auch Partizipationsmöglichkeiten vorenthalten werden. Als Verstärkung dieser Entwicklungen analysiert Meyer Elitenbildungsprozesse in Politik und Medien sowie Entwicklungen, die heute unter den Stichworten Ökonomisierung, Medialisierung sowie der „Nähe des Journalismus zu Entscheidungsträgern“ (Meyen 2020: 267) beschrieben werden.

Claudia Wiesner (2020: 43) beschreibt in ihrem handlungstheoretischen Ansatz Entpolitisierung als „Markieren von Sachverhalten als unpolitisch“. Ent- oder Depolitisierung habe damit implizit oder explizit zum Ziel, Kontroversen und Debatten zu reduzieren oder dritte Akteur:innen aus politischen Debatten der institutionalisierten Arenen auszuschließen (ebd.). Mit Blick auf die Rollen von Journalist:innen rückt dies ins Bewusstsein, dass sie sowohl Beobachter:innen als auch Akteur:innen sind und Journalismus immer noch den Raum des politisch Sagbaren gestaltet (Lünenborg & Sell 2018: 3).

Als Akteur:innen weisen sie im Diskurs Themen einen Platz im Öffentlichen oder im Privaten zu, d. h. Forderungen nach politischer Thematisierung oder Entthematierung sind „ein Teil der Politik um die Agenda des politisch Relevanten“ (Wiesner 2020: 43).

Zusammenfassend kann Entpolitisierung also als Ergebnis von Strategien oder Prozessen von Komplexitäts- und Kontingenzreduktion, Kontingenzverschleierung oder -verleugnung beschrieben werden, die über den Sachzwang, die Alternativlosigkeit oder die institutionalisierte Rationalität in Entscheidungssituationen argumentieren, Zeithorizonte, Kontexte sowie öffentliche Sprecherrollen markieren und so das der pluralistischen Gesellschaft immanente Konflikthafte, den prozesshaften legitimen Widerstreit pluralistischer Interessen und Deutungen ausblenden. Chantal Mouffe (2017: 7) beschreibt dies als Negation des Antagonismus, der Gesellschaft und Politik konstitutiv innewohnt, und bezeichnet konsensorientierte Ansätze als „postpolitisch“. Gerade Mouffe erachtet den politischen Charakter des demokratischen Pluralismus durch die scheinbare Objektivität gesellschaftlicher Konsense, durch Rationalitätszsumutungen² moderner Politik (Buchstein & Jörke 2003) als gefährdet. Im Folgenden soll das Politische als konflikthafter Widerstreit unterschiedlicher Interessen als Wesenskern einer demokratischen, pluralistischen Öffentlichkeit herausgearbeitet werden.

3. Das Politische – Kontingenz, Antagonismen und Pluralismus

Gerade der Begriff „Postdemokratie“ referiert auf die Beobachtung signifikanter Transformationen westlicher Demokratien, die auch eine Einschränkung der Demokratiequalität der einzelnen Regime beinhaltet (Selk 2020: 10). Dabei handelt es sich um übergreifende Phänomene, eine Analyse muss aber auch die jeweils spezifischen Kontexte berücksichtigen. Nach Hedwig Richter (2020: 11) ist Demokratie kein einheitliches Konzept, sondern weist kultur- und landesspezifische Ausprägungen auf und unterliegt zeitlichen Veränderungen, stellt also jeweils eine „zusammengeschusterte Ordnung“ dar. Zentral ist aber der Charakter des Politischen einer Demokratie. Paul Nolte (2012: 73) stellt fest, der Kern von Demokratie ist „eine Geschichte von Kontingenz“ bzw. von einem „Auch-anders-sein-können“.

3.1 *Das Politische aus Sicht der poststrukturalistischen Diskurs- und Hegemonietheorie*

Das Konzept der agonalen Demokratie von Chantal Mouffe (2014, 2017, 2018) kann mittlerweile in Politik und Politikwissenschaft als etabliert gelten. Der Konflikt, der Streit unterschiedlicher Interessen und damit die politische Gegnerschaft werden positiv bewertet oder eben als konstitutiv gesehen. Die Auseinandersetzung mit der theoretischen Basis, der poststrukturalistischen Diskurs- und Hegemonietheorie, die Chantal Mouffe zusammen mit Ernesto Laclau entwickelt hat, sei allerdings vor allem in spezialisierten Diskursen verortet und außerhalb der Politikwissenschaft noch wenig rezipiert (Séville 2017: 246). Laclau und Mouffe (1985) haben ihre Forschungen und Theorien selbst als Diskurstheorie bezeichnet und sind lange unter diesem Label rezipiert worden. Nonhoff (2007: 8) hebt allerdings hervor, dass es sich eher um „eine Sozialtheorie und

2 Schimank (2006) verweist auf den Begriff der Entscheidungsgesellschaft. Auch im politischen System steigt die Anzahl an Entscheidungen und gleichzeitig der Rationalitätsanspruch an Entscheidungen. Das führt neben der quantitativen auch zu einer qualitativen Überforderung, der mit Strategien begrenzter Rationalität oder das Stützen auf Rationalitätsfiktionen begegnet wird. Hierzu zählen die aufgeführten Mechanismen der Entpolitisierung zu Entscheidungssituationen und dem Einfluss von Journalismus und Medien.

eine Politische Theorie (handelt), die das Soziale im Modus der Diskursivität verfasst sieht“. Diskurs bedeute nicht die Begrenzung auf sprachliche Äußerungen, sondern umfasse im Sinne Laclaus und Mouffes auch Objekte, Subjekte, Zustände oder Praktiken. Diese umfassenden Diskurse dienen dazu, in einer welt- und zeichenimmanenten Begründung Sinn zu generieren, der nur durch Relationen zu anderen Begriffen und Bedeutungen, aber auch durch Ausschließungen Sinn generieren kann (Nonhoff 2007: 8). Der von Laclau und Mouffe verwendete Diskursbegriff beschränkt sich im Gegensatz zu Habermas nicht auf eine soziale Praxis, sondern bezieht sich auf die Semiosis, die Konstruktion der Welt (Séville 2017: 248).

Im Sinne von Laclau und Mouffe sind Sinnstiftungen oder Begriffe pragmatische und kontingente Artikulationen, die in einem spezifischen historischen Kontext entstanden sind. Diese Verortung von Diskursen in einem „situativen Rahmen von Sprechen und Handeln“ verweist darauf, dass „jede Bedeutung ein veränderliches Äußeres hat, das sinnstiftend wirkt“ (Séville 2017: 249). Das heißt, dass diese bedeutungstiftenden Prozesse kontingent sind, weil es auch andere mögliche Setzungen von Bedeutungen hätte geben können. Jede Handlung, jede Bedeutung oder jede Problemlösung ist in diesem Sinne immer nur eine Aktualisierung aus einem Set von Möglichkeiten und Resultat eines Entscheidungszwanges, der Komplexität innewohnt (ebd.). Wenn diskursive Ordnungen oder Objektivität das Resultat von Entscheidungen sind, dann verweisen sie auf viele und vielfältige andere ausgeschlossene Bedeutungsmöglichkeiten. Entscheidungen stellen Sinn aus der Vielfalt der Möglichkeiten her (Séville 2017: 250), jede Gesellschaft rekonstruiert damit aus einer Abfolge von Entscheidungen (ebd.: 251).

Diese Beschreibung findet sich, wie unten noch ausgeführt wird, bereits in der Auffassung von John Dewey wieder, der von Problemen und der Auswahl von Lösungen aus einem Set möglicher Handlungsoptionen ausgeht. Diese möglichen, zur Auswahl stehenden Problemlösungen können als Deutungsangebote oder als Hegemonien bezeichnet werden (Nonhoff 2007: 11). In den Diskursen stehen sich Hegemonien, d. h. Deutungsangebote, gegenüber, die sich jeweils selbst als eine spezielle, aber alternativlose und objektive Interpretation der Wirklichkeit darstellen. Zwar lässt sich kurzzeitig Stabilität durch die Durchsetzung von Deutungsangeboten oder Hegemonien erzielen, dieser Zustand ist allerdings prekär, weil Gegenpositionen oder von den Folgen Betroffene nicht dauerhaft kontrolliert werden können (ebd.: 12) und sich dieser Prozess damit kontinuierlich wiederholt. Hegemonien versuchen allerdings, Deutungsangebote, Bedeutungen und somit eine definierte Interpretation von Wirklichkeit festzuschreiben und damit diese Position mit einem scheinbar objektiven Grund und als universal gültig zu präsentieren (Séville 2017: 252), d. h. zu entpolitisieren. Laclau und Mouffe gehen davon aus, dass Individuen nicht nur einer Öffentlichkeit oder hier einem hegemonialen Projekt zugehörig sind, sondern in mehreren integriert sein können. Subjekte, Individuen, vereinen in sich unterschiedliche Subjektpositionen, die jeweils situativ politisch konstituiert werden (ebd.: 254).

Mouffe positioniert sich in Abgrenzung zu deliberativen Demokratietheorien gegen eine technokratische, governance- und output-zentrierte Vereinnahmung von Politik und Demokratie, d. h. im oben angeführten Sinne gegen Entdemokratisierung und Entpolitisierung. Eine tiefgreifende Demokratisierung moderner Gesellschaften ist nach Mouffe nur möglich, wenn Mechanismen der Entpolitisierung (Technokratie, Expertisierung, Zurückdrängen von Partizipationsmöglichkeiten, Anführen von Alternativlosigkeit und Letztbegründungen) hinterfragt werden (Hildebrand & Séville 2015: 39). Politische Fragen sind nach Mouffe (2017: 17) „nicht nur technische Probleme, die durch

Experten zu lösen wären“, sondern sie erfordern „immer Entscheidungen, d. h. die Wahl zwischen konfligierenden Alternativen“.

Chantal Mouffe setzt sich in ihrem Konzept mit Carl Schmitts Begriff des Politischen und dessen Kritik am Parlamentarismus auseinander. Daraus formuliert Mouffe ihrerseits eine scharfe Kritik am Kosmopolitismus und an deliberativen, konsensorientierten Demokratie modellen. Mouffe will aber die Diagnose von Carl Schmitt von Politik als Antagonismus, d. h. potenziell totalitäre Antagonismen, in demokratische Agonismen transferieren (Hildebrand & Séville 2015: 29). Die von Mouffe analog Schmitt anerkannten „Wir-Sie-Unterscheidungen“ dürfen nicht im Sinne Carl Schmitts als stabile identitäre oder moralisch, ethnisch und religiös begründete „Freund-Feind-Konstellationen“ gesehen werden, sondern müssen als „bewegliche Positionsdifferenzen zwischen politisch Andersdenkenden konstruiert werden, deren Vorstellungen der guten Ordnung zwar miteinander konkurrieren, die sich aber nicht das Recht absprechen, für ihre Ziele zu streiten“ (ebd.: 30). Der demokratische Diskurs, der politische Konflikt bedeutet im Sinne Mouffes keine Feindschaft, sondern Gegnerschaft, die durch die liberal-demokratischen Verfassungsprinzipien (Freiheit und Gleichheit) reguliert und eingehegt werden. „Mouffe intendiert somit, die Unauslöschbarkeit des Antagonismus in ein normatives Demokratie modell zu überführen, das mit der konventionellen Stabilitäts-, Friedens- und Rationalitätszentrierung des politologischen Mainstreams bricht“ (ebd.; Hervorh. v. Verf. entfernt).

Dikovich (2020: 197) kritisiert allerdings, dass der beschriebene Ansatz Mouffes überaus voraussetzungsreich ist, und „der agonistische Konflikt nicht eher immer nur Ausdruck einer intakten institutionell-ethischen Substanz demokratischer Ordnungen sein kann als Ursache für letztere“. Zudem fokussiert Chantal Mouffe in ihren jüngsten Schriften auf einen Linkspopulismus, der „strategisch-zeitdiagnostischer Natur und als Antwort auf eine ‚Postpolitik‘ gedacht [sei], die das Politische von der Politik verdrängt“ (Kim 2021: 14). Vor diesem Hintergrund bietet sich an, ergänzend die Demokratietheorie von John Dewey zu betrachten. Dewey geht von der Betroffenheit von Individuen und Gemeinschaften aus, d. h. von Problemstellungen, die aus Sicht der Individuen gelöst werden müssen. Je nach Betroffenheit und Eigeninteressen werden die jeweils subjektiv präferierten Lösungsansätze mehr oder weniger konfligieren.

3.2 *Das Politische im amerikanischen Pragmatismus*

John Dewey gilt als einer der Vertreter des politischen Pragmatismus (vgl. Antic 2017; Götz 2017; Oehler 2018). Die leitende Frage im Werk von John Dewey lautet, wie eine partizipatorische Demokratie unter den Bedingungen moderner Gesellschaften gelingen kann. Der Anstoß für sein hierfür zentrales Werk „The Public and Its Problems“ (Dewey [1927] 2016)³ ist die These seines Zeitgenossen Walter Lippmann, dass eine rational deliberierende Öffentlichkeit und das Bild eines mündigen, informierten und urteilsfähigen Bürgers in komplexen Massengesellschaften reine Phantome seien (Selk & Jörke 2012: 258; Calhoun 2017: 23). Die Komplexität politischer Sachverhalte, die Verlagerung von politischen Entscheidungen aus dem Nahfeld der Bürger:innen heraus auf überregionale Strukturen oder wachsende Defizite in der Informationsvermittlung aufgrund der Ökonomisierung von Massenmedien legten für Lippmann die Lösung nahe, eine Professionalisierung und Expertisierung politischen Handelns vorantreiben zu müssen (Antic 2015; Selk & Jörke 2012).

3 Zitiert wird nach der Ausgabe des Nachdrucks von 2016.

Die Analyse, die Lippmann formuliert, trifft in wesentlichen Punkten die Kritikpunkte der Konzepte von Entpolitisierung und Entdemokratisierung in den aktuellen Debatten. So sehr Dewey seinerzeit seinem Zeitgenossen Lippmann in der Problembe-schreibung folgt, um so vehementer widerspricht er dessen Position einer „elitistisch-technokratischen Konzeption“, welche die demokratische Funktion von Öffentlichkeit „nicht in der substantiellen Mitsprache, sondern in der allgemeinen Verständigung über prozedurale Fragen, in der Kontrolle der Einhaltung demokratischer Prinzipien“ sieht (Antic 2015: 122). Gerade diese Gegenposition macht die Theorie Deweys für eine Analyse aktueller Phänomene von Entpolitisierung und für eine Repolitisierung fruchtbar. Demokratie im Sinne Deweys ist ein Prozess, der zukunfts offen und kontinuierlich kreativ ausgestaltet werden muss (vgl. Oehler 2018: 195). Die Idee der Demokratie ist nach Dewey „a wider and fuller idea than can be exemplified in the state even at its best“ (Dewey 2016: 171). Zur Realisierung oder Umsetzung „it must affect all modes of human association, the family, the school, industry, religion“ (ebd.).

Dabei erachtet Dewey Demokratie als Idee, nicht als „an alternative to other principles of associated life“, Demokratie ist „the idea of community life itself“ (ebd.: 175). Der Mensch ist nach Dewey immer ein Gemeinschaftswesen, dessen Ziele und Wünsche stets Produkt einer Gemeinschaft und einer Sozialisierung innerhalb einer Gemeinschaft sind (Götz 2017: 51). Basis seiner Demokratieauffassung ist nicht eine Öffentlichkeit in einem kulturell homogenen Nationalstaat, sondern ein pluralistischer und kontextabhängiger Öffentlichkeitsbegriff, der eine Vielzahl von Öffentlichkeiten umfasst, die sich wiederum überschneiden und überlappen können (Antic 2015: 124).

Öffentlichkeiten sind in diesem Sinne keine abgeschlossenen Räume oder durch Massenmedien hergestellte Publika, sondern „Kommunikationsgemeinschaften aus Individuen, die bestimmte Erfahrungen teilen“ (ebd.: 125), die sich also in einem Kontext als Betroffene identifizieren. Eine Herausforderung sieht Dewey darin, dass sich Individuen als Betroffene innerhalb eines Handlungskontexts und damit als Öffentlichkeit erkennen müssen, was durch die kommunikative und damit auch mediale Vernetzung gelöst werden muss. Öffentlichkeiten entstehen demnach dynamisch, problemorientiert und sind volatil. Diese Dynamik macht Demokratie als beständige Erneuerung der individuellen Erfahrung erlebbar (Dewey 2011: 112).

Dewey greift nicht auf eine Trennung von Privatem und Öffentlichkeit zurück, sondern sieht unterschiedliche Ausprägungen auf einem Kontinuum zwischen diesen Polen. Der Regelungsbedarf entsteht nach Dewey dadurch, dass menschliche Handlungen Folgen für andere haben. Werden diese Folgen wahrgenommen, so entstehe der Wunsch, die vorausgegangenen Handlungen zu kontrollieren, damit manche Folgen gesichert oder manche künftig vermieden werden können (Selk & Jörke 2012: 260). In Abgrenzung zu Lippmanns technokratischer Lösung plädiert Dewey für eine kommunikative Lösung, die Menschen über Handlungsfolgen und Problemlösungsmöglichkeiten aufklärt. Im Ansatz Deweys nehmen Sozialwissenschaften eine zentrale Rolle als Aufklärungsinstanz ein und zeigen Handlungsfolgen auf, die von den Einzelnen aufgrund der Komplexität nicht eingeschätzt werden können. Wissenschaft und Expert:innen müssen nach Dewey in eine „kommunikative Rückkopplungsschleife zwischen Laien und Experten“ (Selk & Jörke 2012: 264) integriert werden. Die Aufgabe liegt nach Dewey darin, das politische Leben durch Kommunikation der Konflikte, Probleme, Problemlösungen und den möglichen Folgen von Handlungsoptionen zu revitalisieren oder – im Sinne dieser Abhandlung – zu repolitisieren.

3.3 *Pragmatische und agonistische Gegenpositionen zur deliberativen Demokratietheorie*

Gerade Chantal Mouffe nutzt das liberale Demokratiemodell als Kontrast, um die von ihr entwickelte agonale, radikale Demokratietheorie zu beschreiben.⁴ Ein wesentlicher Kritikpunkt von Mouffe ist, dass der liberalen Demokratie ein Grundkonsens zugrunde liege und dessen Ausgangspunkt das Individuum mit einer bereits vorliegenden Identität sei; der Prozess der Identifizierung werde ausgeblendet (vgl. Sievi 2017: 219). Das Subjekt wird in der liberalen Theorie als autonom und vernunftfähig gedacht. Wenn „liberales Denken am Individualismus und am Rationalismus hängt, ist seine Blindheit für das Politische in seiner antagonistischen Dimension daher keine bloß kontingente, sondern eine konstitutive Leerstelle“ (Mouffe 2017: 19). Chantal Mouffe (2016: 91) kritisiert explizit an Habermas, mit dem deliberativen Ansatz nicht in der Lage zu sein, den antagonistischen Charakter des Politischen zu fassen. Der Ansatz deliberativer Demokratie verbannt nach Mouffe Pluralismus in die Privatsphäre und negiere zudem die für Demokratie konstitutive Leidenschaft, er verkenne so den eigentlichen Wesenskern politischer Identitäten (ebd.). Ein wesentliches „Kennzeichen zeitgenössischer politischer Öffentlichkeit ist [...] Affektivität“ (Ritzi & Zierold 2019: 40), was durch die Effekte der Digitalisierung nicht generiert, aber verstärkt worden ist. Im rationalistischen Ansatz deliberativer Demokratietheorie wird dieser Aspekt ausgeblendet. „Die Hauptaufgabe demokratischer Politik besteht nicht darin, die Leidenschaften zu eliminieren oder sie in die Privatsphäre zu verbannen, um [...] einen rationalen Konsens“ herstellen zu können (Mouffe 2016: 31). Diese Leidenschaften müssten vielmehr für demokratische Zwecke fruchtbar gemacht werden (ebd.: 32). Das Plädoyer für Emotionen und Leidenschaft darf allerdings nicht mit einer Moralisierung im politischen Diskurs gleichgesetzt werden. Moralisierung oder eine Unterscheidung zwischen „gut“ und „böse“ lehnt Chantal Mouffe ab. In Deweys Konzept lässt sich eine Analogie finden, sieht er doch als große Herausforderung die Apathie der in seinem Sinn indirekt Betroffenen (Götz 2017: 65): „Political apathy [...] ensues from inability to identify one's self with definite issues“ (Dewey 2016: 164).

Der Ansatz von Habermas ist in der Wertung von Mouffe auch deshalb „antipolitisch“, weil sein „diskurstheoretisches Verständnis von Demokratie [...] der demokratischen Willensbildung eine epistemische Funktion“ abverlangt (Mouffe 2017: 114). Das demokratische Verfahren ziehe nach Habermas die legitimierende Kraft nicht nur und nicht in erster Linie aus Partizipation und Willensäußerung, sondern aus dem allgemein zugänglichen deliberativen Prozess, der so beschaffen ist, dass er rational akzeptable Ergebnisse erwarten lässt. Die Definition rational akzeptabler Ergebnisse bleibt Habermas allerdings nach dem Urteil von Mouffe (2017: 114) schuldig. Habermas Ansatz baut auf der in den westlichen Demokratien fest verankerten Hegemonie der Vernunft auf, die in machtfreien, idealen Sprechsituationen unparteiische und streng logische Schlüsse ermöglichen – was sowohl für Mouffe nicht vorstellbar ist (Sievi 2017: 223; Schwarz 2017: 195) als auch dem Denken John Deweys widerspricht. Mit dem liberalen oder deliberativen Konzept der idealen Sprechsituation entfällt zwangsläufig die Position des Gegners, der eigene Interessen in den Diskurs einbringen kann. Damit, so kritisiert Mouffe (2017: 111), wird jede Opposition „automatisch als Zeichen von Irrationalität“

4 Mouffe kritisiert aber ebenso konservatives, kommunitarisches oder linkes demokratisches Denken (vgl. Sievi 2017: 217). Sie übt Kritik vor allem auch an den Vertretern eines dritten Weges wie Ulrich Beck (Die Erfindung des Politischen) und Anthony Giddens (Jenseits von Links und Rechts) (vgl. Mouffe 2017: 48ff.)

betrachtet. Habermas hat einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der repräsentativen Demokratie sowie dem Zusammenspiel institutionalisierter Beratungen geleistet. Wie Michelsen und Walter (2017: 191) aber unterstreichen, ist es die Konzeption von Deliberation als idealer Erkenntnisprozess und reine Problemlösung, die die „kontingente, zuweilen hochemotionale Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden Meinungen“ nicht im Blick hat. Nach Ansicht der Autoren (ebd.) zeigt das exemplarisch die „epistemische Schlagseite der deliberativen Demokratietheorie“, die eine Verwissenschaftlichung der Politik theoretisch legitimiere. Das ist im oben ausgeführten Sinn als Entpolitisierung zu sehen. Dies ist nicht mit der Forderung John Deweys nach einer Orientierung der Politik an Wissenschaft gleichzusetzen. Dewey verweist Wissenschaft und Laien in einen ständigen kommunikativen Austausch. Die Wissenschaft kann nach Dewey keine moralischen Bedingungen für individuelles und gesellschaftliches Handeln zur Verfügung stellen, sondern nur vernünftige und rationale Beurteilungs- und Argumentationsmuster (Kloppenbergs 2000: 69). Der Kernpunkt in Deweys Philosophie ist, dass jede Erkenntnis ungewiss ist, alle Autoritätsansprüche suspekt sind und jeglicher Wahrheitsanspruch sich dem Diskurs durch demokratisch verfasste Gemeinschaften unterziehen muss (Kloppenbergs 2000: 54). Hier spielen Öffentlichkeiten und damit Medien und Journalismus eine zentrale Rolle.

4. Die Rolle von Medien und Journalismus

Wie beschrieben, geht der Impuls für die Öffentlichkeitstheorie von John Dewey von der Kritik seines Zeitgenossen Walter Lippmann aus, der den Zustand der Demokratie, der Öffentlichkeit und die Leistungsfähigkeit der Printmedien beschreibt und technokratische, elitistische oder expertokratische Lösungsansätze verfolgt. Dementsprechend formuliert Dewey auch Gedanken zur Funktion von Medien innerhalb seines Konzeptes von Öffentlichkeit und Demokratie, was Chantal Mouffe nur am Rande tut. Im Kontext ihrer Arbeiten sind aber an einigen Stellen Bezüge zur Bedeutung von Mediensystemen zu finden.

4.1 Medien als Teil agonaler Öffentlichkeit

Nur im Kontext eines Interviews reflektiert Mouffe explizit Mediensysteme und die Rolle von Journalismus und unterstreicht, dass Medien eine gewisse Rolle bei der Festigung von Hegemonien innehaben, wehrt sich aber dagegen, ihnen die alleinige und in Antagonismen eine allein entscheidende Rolle zuzuschreiben (Carpentier & Cammaerts 2006: 968). Mouffe hebt hervor, dass neben Medien auch Literatur oder Kino oder auch soziale Netzwerke ihren Teil zum Diskurs beitragen (ebd.: 967). Die agonistische Öffentlichkeit ist für Mouffe eine Arena⁵, die unterschiedliche und konfligierende Positionen integrieren kann, die aber alle durch die gemeinsame Auffassung von demokratischen Prinzipien wie Gleichheit geprägt sind (Schwarz 2017: 199). Trotz dieser Betrachtung bleibt Mouffe eine Verortung von Institutionen, wie Medien oder Journalismus, in diese Arenen schuldig (Wallaschek 2017: 12).

Aus den Positionen von Chantal Mouffe lässt sich gleichwohl ableiten, dass Konzepte eines neutralen Journalismus kritisch zu hinterfragen sind (Budarick 2018: 2412). In

5 Mouffe verwendet den Begriff der „Arena“ nicht im Sinne des Modells von Gerhards und Neidhardt (1990). Der Subjektivitätsbegriff in der agonistischen Theorie unterstreicht, dass Individuen mehreren Öffentlichkeiten angehören und dass Öffentlichkeiten auch Überschneidungen haben können.

Abgrenzung zu deliberativen Ansätzen, die den Journalismus als Unterstützer oder Ermöglicher rationaler Diskurse sehen, erscheint ein solches Konzept aus dem Blickwinkel agonistischer Demokratietheorie als Ausdruck eines hegemonialen Projekts, das alternative Formate kategorisch ausschließt (ebd.). Damit kritisiert der agonistische Ansatz auch Normen der Objektivität, Neutralität oder Ausgewogenheit, die über Mechanismen der Professionalisierung des Berufsfeldes Journalismus, über Aus- und Weiterbildung sowie den wissenschaftlichen Diskurs manifestiert werden und damit alternative Formen negieren oder marginalisieren (Budarick 2018: 2412; vgl. auch Hanusch & Hanitzsch 2017).

Für die Mediensysteme werden üblicherweise Ansprüche von Pluralität formuliert und diese in Modellen eines Außen- oder Binnenpluralismus umgesetzt (vgl. Hofmann 2010; Detjen 1998). Die herausgehobene Stellung von Pluralität, einschließlich der Aspekte der Themen-Diversität und der kritischen Auseinandersetzung, ist in liberalen Mediensystemen mittlerweile einer naiven Form von Pluralismus gewichen, der sich vor allem an ökonomischen Vorstellungen von Markt und Wettbewerb orientiert (vgl. Budarick 2018: 2410). Mouffe kritisiert den Neoliberalismus sowohl mit Blick auf seine Vernachlässigung der nationalen Souveränität als auch mit Blick auf die ausschließliche Orientierung auf freie Marktmechanismen (vgl. Budarick 2018: 2410; Schwarz 2017: 196). „The logic of the market, and within it the myth of the marketplace of ideas as an open and equitable space, has formed the basis of a hegemonic policy discourse (...)“, der sich mittlerweile als einzig akzeptierte Form von Medienregulierung durchgesetzt habe (Budarick 2018: 2410).

4.2 Medien als Wissensvermittler

Im Gegensatz zu Mouffe sind Kommunikation und Medien Kernelemente in der Demokratietheorie Deweys. Nach Dewey ist die Rolle der Medien zentral für die Entwicklung von Öffentlichkeit. Die Verbreitung von Informationen und Wissen ist für Dewey eine notwendige Bedingung dafür, „dass sich eine potentielle Öffentlichkeit überhaupt in ihrer Betroffenheit erkennen und dann konstituieren kann“ (Götz 2017: 64). Meinungsfreiheit, Freiheit der Forschung und öffentliche Kommunikation gehen bei Dewey Hand in Hand, um die Konstitution von Öffentlichkeiten ermöglichen zu können. Die Normen „Unparteilichkeit“ bzw. „Neutralität“, die bei Habermas durch ein legitimes Verfahren garantiert werden sollen, stehen „dem konstitutiven Element der Parteilichkeit einer Öffentlichkeit nach Dewey als fallbezogen entstehende Interessengemeinschaft diametral gegenüber“ (ebd.: 57). Die Vertretung einzelner politischer Interessen ist vor dem Hintergrund einer hochkomplexen sowie ausdifferenzierten Gesellschaft, die interdependent und von unübersichtlichen Handlungskontexten und Ambiguität charakterisiert ist, geboten (ebd.). Die Moderne ist nach Dewey einerseits durch die drastische Zunahme von menschlichen Fähigkeiten gekennzeichnet, planvoll in Natur eingreifen zu können, und andererseits durch den Umstand, dass das Erreichen von Zielen zunehmend als unsicher und prekär erscheint (Kloppenborg 2000: 69). Das Lösen von aktuellen Problemen ist nach der Ansicht von Dewey wesentlich abhängig von Kommunikation und gemeinsamen Forschungsanstrengungen. Dieser Prozess kann vor allem dann behindert werden, wenn Kommunikation durch Machtträger beherrscht und korrumpiert wird (Dewey 1922). Dies zu verhindern oder zu durchbrechen, ist Aufgabe der Medien.

Im Sinne Deweys müssen Medien zudem Wissen vermitteln, damit sich Individuen als Betroffene erkennen und gemeinsam eine Öffentlichkeit konstituieren können. Betroffenheit entsteht aufgrund einer Problemstellung, die durch unterschiedliche Optio-

nen gelöst werden kann. Für Dewey ist für die Lösung von Problemen der Austausch von Betroffenen und der Wissenschaft unverzichtbar (vgl. Dewey 2016: 225). Expertenwissen bleibt ohne Wirkung, wenn der Austausch mit und die Rückmeldung der von einem Problem betroffenen Personen ausbleibt. Medien und Journalismus obliegt die Aufgabe, in engem Austausch mit den Wissenschaften Lösungsoptionen und damit Handlungsoptionen aufzuzeigen und diese dann verständlich und transparent zu vermitteln. Das umfasst notwendigerweise divergierende Lösungen und ist nicht als Epistemisierung politischer Streitfragen (Bogner 2021: 114) zu verstehen. Für Dewey sind Wissenschaften generell in den Wertekontext einer Gesellschaft integriert. Es herrsche in der Öffentlichkeit ein falsches Bild von Naturwissenschaften, die als Gebäude der Wahrheit anstatt von Meinung gesehen würden. Weder Natur- noch Sozialwissenschaften können unabhängig von den jeweiligen kulturellen Werten existieren (Kloppenbergs 2000: 53). Die Sozialwissenschaften müssen Schlussfolgerungen ziehen und Empfehlungen geben, die auf den Ergebnissen der Naturwissenschaften aufbauen (ebd.: 51).

Medien und Journalismus fungieren hier als Intermediäre. Das setzt einerseits voraus, dass Journalismus in der Lage sein muss, mit Wissenschaft zu kommunizieren, und andererseits, dass Wissenschaft sich des Politischen der Interpretation ihrer Forschungsergebnisse jenseits der Faktenbasis, der Differenz von „facts“ and the meaning of facts“ (Dewey 2016: 52), bewusst sein muss und sich zudem gegenüber Betroffenen und den Medien öffnet. Der offene Begriff von Öffentlichkeit lässt allerdings auch bei Dewey zu, andere mediale Vermittlungen jenseits der journalistischen Leistungsangebote von Massenmedien zu modellieren, wie dies im Ansatz von Mouffe oben benannt worden ist.

Das Konzept von Dewey, Wissenschaft und wissenschaftlichen Diskurs zur Lösung von subjektiv empfundenen Problemlagen heranzuziehen, ist, wie oben dargelegt, nicht mit einer Epistemisierung von Politik im deliberativen Verständnis gleichzusetzen. Im Mittelpunkt Deweys steht die individuelle Betroffenheit, die einerseits durch Intermediäre vermittelt werden und die andererseits zu unterschiedlichen Lösungspräferenzen führen muss, die diskursiv auszuhandeln sind. „Unter pluralistischen Bedingungen gelangen Bürger [...] zu unterschiedlichen Urteilen, je nach ihren Lebenserfahrungen, ihrer Gewichtung diverser Fakten und ihren subjektiven Dispositionen [...]“, wie Müller (2021: 127) unterstreicht. Daraus folgt, dass eine technokratische Expertenregierung nicht in der Lage ist, Bedürfnisse der Individuen zu erkennen und zu berücksichtigen. Was Bedürfnisse konkret sind und für ein Individuum bedeuten, muss in demokratischer Auseinandersetzung auf der Basis dessen, was als Fakten zu verstehen ist, geklärt werden (ebd.: 128). Vermittelnde Institutionen, Intermediäre, also Medien und Journalismus⁶, schaffen für Individuen Wahlmöglichkeiten, indem sie vorhandene Konflikte offenlegen, andere Sichtweisen und Lösungsoptionen präsentieren oder neue Repräsentationsmöglichkeiten für bislang nichtthematisierte Betroffenheiten schaffen. Das ist in der grundlegenden Funktion von Kommunikation im Konzept pluralistischer Demokratie von Dewey angelegt.

6 Jan-Werner Müller (2021) bezeichnet, wie beschrieben, Medien und Parteien gleichermaßen als kritische Infrastruktur für Demokratien. Im Gegensatz zu Chantal Mouffe, die vor allem Bewegungen und die Parteiwerdung von Interessen in den Mittelpunkt stellt, wird von Müller die Bedeutung von Medien und Journalismus für Demokratie ausgeführt.

5. Repolitisierung des Journalismus

Entpolitisierung ist, wie ausgeführt, im Urteil der Politikwissenschaft als Entdemokratisierung zu bewerten. Für den demokratischen Prozess sind sowohl Parteien als auch Medien zentrale Intermediäre. Eine neutrale Position von Journalismus, die sich in der Berichterstattung von Umfragedaten und Statistiken oder der reinen Wiedergabe von Äußerungen politischer Akteur:innen erschöpft, erfüllt demnach nicht die Ansprüche, die an diesen Teil der kritischen demokratischen Infrastruktur zu stellen sind.

5.1 *Journalist:innen als Akteur:innen*

Demokratische Öffentlichkeit, sowohl die im Sinne der pragmatischen Demokratie-theorie von Dewey als auch im Sinne des agonistischen Demokratieansatzes von Mouffe, ist auf Medien und Journalismus als Akteur:innen und Intermediäre angewiesen. Aufgabe von Intermediären in der Demokratie ist, die Offenheit für neue Repräsentationsansprüche sicherzustellen (Müller 2021: 172). Das setzt voraus, dass Medien und Journalismus sowohl politische Konfliktlinien repräsentieren und thematisieren als auch Betroffenen und Lösungsmöglichkeiten für neue oder bestehende Problemkonstellationen aufzeigen und für den Diskurs bereitstellen. John Dewey fordert von Medien explizit Wissensvermittlung. Medien sollen mit Wissenschaft zusammenwirken, um für Problemlagen, die seine Ausgangspunkte sind, alternative, konkurrierende und konfligierende Lösungsoptionen aufzeigen und diskutieren zu können. Auch aus der Theorie von Mouffe folgern Carpentier und Cammaerts (2006: 972), dass Journalismus Probleme und verschiedene Lösungen diskutieren müsse und beschreiben im Prinzip das Profil, das Dewey aufgestellt hat. Maesele und Raeijmaekers (2020: 1593) schlagen als Analyseansatz für die Untersuchung von Journalismus, aber vor allem von Öffentlichkeiten und Mediensystemen, das agonistische Pluralismusmodell vor. Wenn Journalismus in den Fokus gerückt wird, seine Krise und Wege zur Lösung seiner Probleme, so muss der Blick auf die Artikulation konflikthafter Gesellschaftsbereiche gelenkt werden und auf den Beitrag des Politischen Journalismus zu diskursiven Aushandlungsprozessen (Lünenborg & Sell 2018: 5). „Das Recht zur Teilhabe an und Repräsentation in medialen Diskursen bildet damit eine zentrale Konstituente des Politischen“ (ebd.). Allerdings haben technische Entwicklungen den Raum des Politischen als diskursiven Raum unübersichtlicher, pluralistischer, dynamischer, volatiler und fragiler gemacht und gleichzeitig die Vorrangstellung des Journalismus infrage gestellt.

Journalismus ist nicht nur Beobachter, sondern über das Anbieten von Deutungsschemata, seine Themenselektion oder die Reproduktion von (ent-)politisierenden Narrativen auch immer Akteur (Lünenborg & Sell 2018). Die Anforderung an Journalismus, das Politische ressortübergreifend zu thematisieren und auch die eigene Akteursposition zu reflektieren und offenzulegen, bedeutet nicht, eine Entdifferenzierung gegenüber dem politischen System zu vollziehen (vgl. Birkner 2010). Gerade der Vorwurf, Journalismus sei zu oft Echokammer politischer Eliten (Maesele & Raeijmaekers 2020), weist darauf hin, dass die eigentlich gewollte und immer noch als wichtig erachtete Kontrollfunktion von Journalismus (Loosen, Reimer & Hölzig 2020) Mängel aufweist. Ein zentraler Punkt ist, die Ausdifferenzierung gegenüber dem politischen System, der institutionalisierten Politik, wieder ernster zu nehmen und sich damit auch als Journalismus selbst zu positionieren.

Müller unterstreicht seinerseits, dass die reine Wiedergabe von Äußerungen politischer Akteur:innen (Müller 2021: 170) oder eine Wahlberichterstattung in der Art eines Pferderennens (ebd.: 187) Journalist:innen die Möglichkeit bietet, sich neutral zu posi-

tionieren. Diese Neutralität leistet der Entpolitisierung allerdings erheblich Vorschub und ist der demokratischen Auseinandersetzung nicht zuträglich. Medien und Journalist:innen können legitim und sollen auch ihre Leistungsangebote in einen von ihnen vertretenen Werterahmen stellen. Das setzt allerdings Transparenz voraus, die den Werterahmen für Rezipient:innen deutlich erkennbar und einschätzbar macht (ebd.: 176), womit Vorschläge zur Problemlösung auch eingeordnet werden können. Wichtig für den demokratischen Prozess ist, dass Intermediäre für Bürger:innen klar einschätzbar und damit berechenbar sein müssen. Das betrifft einerseits, wie gezeigt, den jeweils gewählten Werterahmen und andererseits auch finanzielle und organisatorische Abhängigkeiten.

Journalismus hat unterdessen seine Alleinstellung als Vermittler zwischen Politik und Bevölkerung durch technische Entwicklungen und direkte, eigenständige Informationsangebote von Akteur:innen in den Arenen der Meinungs- und Willensbildung sowie seine Stellung als alleinige Deutungsinstanz des Handelns politischer Akteur:innen verloren.⁷ Sowohl Dewey als auch Mouffe haben Medien eine Rolle als Mitwirkende zugewiesen. Dieser mitwirkenden Rolle muss sich Journalismus stellen und sich in einem Spektrum von anderen Angeboten verorten. Dazu gehört auch, die vermeintliche Position der Objektivität aufzugeben, was nicht die Abkehr von der Darstellung von Fakten bedeutet. Für Publika sind auf jeden Fall eine Transparenz der Quellenlage sowie die journalistische Einordnung und Analyse von Bedeutung (Loosen, Reimer & Hölzig 2020: 7).

Journalismus wird auch genutzt, um politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entscheidungen vorzubereiten oder zu treffen, d. h. beim Abwägen von Handlungsoptionen zu unterstützen. Mediennutzung ist nach Jarren (2015: 39) zentral für das Treffen von Entscheidungen, weil in modernen Gesellschaften für Individuen weder ein Gesamtüberblick über alle Ereignisse noch über die jeweils darauf bezogenen Diskurse möglich ist. Mouffe (2018: 125) sieht den Moment der Entscheidung als wesentliches Charakteristikum des Politischen an. In der journalistischen Praxis bedeutet dies, Handlungsoptionen zu recherchieren, darzustellen und einzuordnen. Dies entspricht dem Ansatz des konstruktiven Journalismus, der seit einigen Jahren in Redaktionen diskutiert wird. Journalist:innen müssen zudem sensibilisiert werden für die Prozesse, Mechanismen und Rhetoriken der Entpolitisierung, aber auch der Politisierung. Hierzu gehört die Kompetenz, Narrative und Frames identifizieren und decodieren zu können – also Mechanismen, die Hegemonien festigen sollen. In diesem Kontext müssen auch Methoden zur (zielgruppenorientierten) Komplexitätsreduktion im Journalismus oder Zuspitzungen in journalistischen Darstellungsformen hinterfragt werden. Das Ergebnis von Übersetzung oder Vereinfachung darf nicht sein, dass Kontingenz von Gesellschaft, also das Politische, verschleiert wird. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden kurz auf die Ansätze des Narrativen und des Konstruktiven Journalismus eingegangen werden.

5.2 *Narrativer und Konstruktiver Journalismus*

Nach dem Analyseansatz des „X-Journalism“ von Loosen et al. (2020) drücken die jeweiligen Begriffe, die für Journalismus gefunden und verwendet werden, auch die Bedeutung von Journalismus und die jeweilige Arbeitsweise aus, die beschrieben werden sollen. Die Bezeichnungen Narrativer Journalismus, Solution Journalism oder Konstruktiver Journalismus illustrieren so eine spezielle journalistische Motivation oder

7 Budarick (2018: 2413) spricht von der Selbstwahrnehmung der Journalist:innen und der eigenen Tätigkeit als promethisch nichtdiskutierbarer Institution.

Herangehensweise (ebd.). Nachdem Journalismus und journalistische Praktiken stets in gesellschaftliche Kontexte eingebunden sind, können die benannten Ansätze aber auch als Reaktion auf gesellschaftlich identifizierte Problemlagen – im Zusammenhang dieses Artikels als Entpolitisierung oder Entdemokratisierung – gesehen werden (vgl. Loosen 2018).

In der Journalismustheorie wird seit mehreren Jahren – ausgehend vom amerikanischen New Journalism der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts – das Konzept des Narrativen Journalismus diskutiert, der sich in die Konzepte des konflikthafter Pluralismus moderner Gesellschaften und in Konzepte des Politischen integrieren lässt. Ziel des Narrativen Journalismus ist, das Publikum zu integrieren und damit die Wirkung von journalistischen Beiträgen zu verbessern (Schlütz 2020: 3). Nach Köpke (2017) ist dies allerdings lediglich eine neuere Darstellungs- und Produktionsform, die handwerkliche, intellektuelle und ethische Kriterien im Journalismus nicht verändere. Gleichwohl änderten sich dadurch die journalistische Haltung und das Selbstverständnis. D. h. das Rollenbild von Journalismus in der deliberativen Demokratietheorie eines gesellschaftliche Diskurse moderierenden Journalismus oder das des neutralen Berichterstatters wird „ergänzt oder gelegentlich sogar ersetzt durch den bzw. die involvierte:n Geschichtenerzähler:in“, was als „problematische Grenzüberschreitung im Journalismus“ gewertet werden kann (Schlütz 2020: 3). Narrativer Journalismus erfüllt eine wichtige demokratische Funktion, indem er Kontextualisierung leistet und das Engagement des Publikums dahingehend fördert, selbst Verantwortung zu übernehmen, Realität und journalistische Darstellung abzugleichen (ebd.: 8). Das entspricht auch publikumszentrierten Ansätzen, die die Aufgabe von Journalismus in der Komplexitätsüberbrückung, als Vermittlungsleistung zwischen getrennten, pluralistischen Lebenswirklichkeiten sehen (Pöttker 2000: 377). Krieken und Sanders (2019: 11) sehen Narrativen Journalismus als Vermittler zwischen Publikum und Gesellschaft, indem Rezipient:innen Gesellschaft in ihrer Komplexität deutlich wird und sie sich als Teil dieser Gesellschaft und Pluralität begreifen können. Damit sind Formen des Narrativen Journalismus anschlussfähig an die Öffentlichkeitsbeschreibungen von Dewey und Mouffe.

Der Fokus auf die Fähigkeit von Journalismus, Betroffenheit zu vermitteln und damit das Politische herauszuarbeiten, macht die pragmatischen und agonalen Konzepte von Dewey und Mouffe auch anschlussfähig an Phänomene und Konzepte wie Solution Journalism oder Constructive News (vgl. Kramp & Weichert 2020) und kann zudem eine weitere theoretische Fundierung liefern.⁸ Der ursprüngliche theoretische Zugang erfolgt vor allem über die positive Psychologie, was Etikettierungen wie „Positiver Journalismus“ oder auch pejorativ „Weltverbessererjournalismus“ zum Ausdruck bringen (vgl. McIntyre & Gyldensted 2017; Urner 2019). Grundsätzlich wird in diesem Kontext von Journalist:innen erwartet, Probleme und Missstände zu recherchieren und zu benennen, aber dafür möglichst auch Perspektiven und Lösungswege aufzuzeigen (Kramp & Weichert 2020: 6). Die Debatte wird in der deutschsprachigen Journalismusforschung noch ohne Bezug auf die Theorie des Pragmatismus oder das agonistische Demokratie-modell geführt. Anknüpfungspunkte finden sich allerdings, denn Maren Urner (2019: 45) argumentiert mit Blick auf den Konstruktiven Journalismus zum Beispiel handlungstheoretisch und verweist auf psychologische Effekte ausschließlich negativer Berichterstattung, die in „erlernte Hilflosigkeit“ münden kann. Werden negative Vorkommnisse oder Probleme ohne mögliche Lösungsoptionen – also Handlungsoptionen

8 Steinigeweg (2021: 494) weist darauf hin, dass beide Begriffe meist synonym gebraucht werden. Auf eine tiefergehende Differenzierung wird hier ebenfalls verzichtet.

– kommuniziert, so kann das Passivität und Resignation zur Folge haben, oder im hier ausgeführten Sinne einen Prozess der Entpolitisierung.⁹

Ein weiterer Anknüpfungspunkt ist der Fokus auf die Betroffenheit von Individuen. Konstruktiver Journalismus entspricht, wie Heinrichs (2021: 3) ausführt, eher dem subjektiven Relevanzempfinden der Menschen und wird den Anforderungen der Rezipient:innen gerecht, die sich einen Journalismus wünschen, der sich „deutlich an ihren Lebensrealitäten orientiert“ und neben der Problembeschreibung auch Lösungsansätze aufzeigt und diese dem Diskurs zur Verfügung stellt. Lösungs- und Handlungsoptionen basieren oftmals auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, die vermittelt werden müssen. Um das zu ermöglichen, fordert Dewey, wie gezeigt, den engen Austausch von Journalist:innen sowohl mit den Natur- als auch den Sozialwissenschaften. Den Sozialwissenschaften fällt die Aufgabe zu, Empfehlungen auf Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse zu formulieren (Kloppenbergs 2000: 51).

Die Ansätze Konstruktiver bzw. Narrativer Journalismus rücken das Aufzeigen von Betroffenheit, das Einordnen von Sachverhalten in Kontexte und das Aufzeigen von Handlungsoptionen in den Mittelpunkt und entsprechen damit der Konzeption von Journalismus und Medien in der pragmatischen Demokratietheorie von Dewey, der das Politische als Kernelement pluralistischer Gesellschaften betont. Der Ansatz „Politischer Journalismus“ ist dabei nicht auf Politik-, Wirtschafts- oder Wissenschaftsjournalismus begrenzt. Politischer Journalismus ist vielmehr ein ressortübergreifendes oder grundsätzliches Konzept, das konflikthafte Themen aufgreift und diese für den Diskurs bereitstellt. Journalismus erfüllt in einer Demokratie die Aufgabe als Intermediär, wenn er Wahlmöglichkeiten schafft, indem er Konflikte offenlegt, alternative Lösungskonzepte benennt und neue Repräsentationsmöglichkeiten für bislang nichtrepräsentierte Betroffenheiten schafft (vgl. Müller 2021).

6. Zusammenfassung und Ausblick: Forschungsfeld Politischer Journalismus

Medien und Journalismus gehören zur kritischen Infrastruktur der Demokratie (Müller 2021). Ihre Aufgabe ist, neue Repräsentationen von Themen zu ermöglichen, diese für den demokratischen Diskurs zur Verfügung zu stellen und damit auch den Zugang für Bürger:innen zum politischen Prozess auf einfache Weise zu gewährleisten (Schulz 2011; Müller 2021). Vor diesem Hintergrund wird journalistische Praxis, die sich an deliberativen Demokratiemodellen orientiert, kritisiert, weil sie im Bemühen, die zentralen Forderungen nach journalistischer Neutralität und Objektivität (vgl. Hagen & Seifert 2015) sowie Ausgewogenheit in der Berichterstattung zu erfüllen, Effekten und Tendenzen der Entpolitisierung aus dem politischen System nichts entgegensetzen kann. Die reine Wiedergabe von Äußerungen politischer Akteur:innen ohne Einordnung sowie die vor allem auf Umfragen und nichtwissenschaftlichen Erhebungen gestützte Berichterstattung verstärken vielmehr die unter Entpolitisierung benannten Wirkungen und tragen so zur Entdemokratisierung bei. In kommunikationswissenschaftlichen Studien wird daher gefordert, das Politische von Gesellschaften sowohl in der journalistischen Praxis als auch in der Journalismusforschung wieder in den Blick zu nehmen (Lünenborg & Sell 2018; Raeijmackers & Maesele 2015; Carpentier & Cammaerts 2006) und pluralistische Demokratien mit ihren legitim konkurrierenden Interessen, den divergierenden

9 Ein anderer Anschlussaspekt ist die Sinnstiftung durch Bedeutung im Sinne von Laclau und Mouffe. So plädieren Pranz und Sauer (2017: 105) dafür, den Begriff Konstruktiver Journalismus zu vermeiden und besser von Perspektivischem Journalismus zu sprechen. Perspektive oder Perspektivität verstehen sie als Erzeugen von Sinn.

Ideen und dem konflikthafter Ringen um ein aposteriori Gemeinwohl (Fraenkel 1991: 300) abzubilden.

Hierzu wurde vorgeschlagen, sich am Modell agonaler Demokratie zu orientieren (Raeijmackers & Maesele 2017), wie es von Chantal Mouffe in Betonung des für Demokratien konstitutiv Konflikthafter und der zentralen Rolle von Kompromissen konzipiert wurde (Mouffe 2016, 2017 und 2018). In Abgrenzung zu deliberativen, am Konsens orientierten Modellen wird hier der Widerstreit von Ideen in den Mittelpunkt gerückt. Wie gezeigt worden ist, wird die Funktion von Medien und Journalismus im agonistischen Modell nicht explizit ausgeführt. Zudem wird es als sehr voraussetzungsreich und vor allem auf die Rolle von Bewegungen und Parteien fokussiert kritisiert. Unbenommen der wichtigen Impulse durch die Betrachtung der agonistischen Demokratie-modellierung bedarf es der Ergänzung durch das pluralistische Demokratiemodell des Pragmatismus und den Theorien eines der wichtigsten Vertreter John Dewey. Dieses Modell stellt ebenso das Politische, widerstreitende Interessen und den erforderlichen, aber temporären Ausgleich in den Mittelpunkt. Aber John Dewey führt Kommunikation als Kernelement seiner Demokratietheorie aus und betont zudem die Funktion von Medien in der Wissenschaftsvermittlung. Nach Dewey ist es elementar, dass Individuen sich als Betroffene identifizieren und sich über mögliche, konfligierende und konkurrierende Lösungen von Problemen verständigen können. Hierzu steuert Journalismus natur- und sozialwissenschaftliche Fakten bei und ordnet sie in Wertekontexte ein. Sowohl Mouffe als auch Dewey weisen auf notwendigerweise gemeinsame, unstrittige Wertefundamente als Diskursgrundlage hin. Ergebnisse sind aber als Kompromisse modelliert, was auch bedeutet, dass sie immer wieder hinterfragt, aktualisiert werden können und die Alternativen, die konkurrierenden Ideen, immer präsent bleiben.

Daraus leitet sich ab, dass Journalismus sich des Politischen einer Gesellschaft (wieder) bewusst werden und sowohl bestehende Konfliktlinien aufzeigen als auch neuen, noch nicht benannten Konflikten die Möglichkeit zur Repräsentation und damit den Zugang zum demokratischen Prozess ermöglichen muss (Müller 2021). Damit geht einher, sich seiner Doppelrolle als gleichermaßen Beobachter und Akteur (Lünenborg & Sell 2018) bewusst zu sein und demzufolge eigenes Vorgehen und Wertekontexte transparent zu machen. Die vor allem durch die deliberativen Ansätze geprägte Vorstellung von Objektivität, Neutralität und Ausgewogenheit haben in jüngster Zeit der Entpolitisierung und demzufolge der Entdemokratisierung Vorschub geleistet. Journalismus als konstitutiver Intermediär in Demokratien (Müller 2021) muss das Politische abbilden, neue Repräsentationen schaffen, Individuen in ihrer Betroffenheit ansprechen, Berichtes einordnen, Problemlösungsvorschläge für Rezipient:innen bewerten und sich damit in seiner Rolle als Akteur im politischen Prozess selbst positionieren. Einerseits enthebt das Journalismus nicht der Verpflichtung zur Faktentreue und erfordert gleichzeitig andererseits die transparente Darstellung eigener Werte, eigener Positionen und eigener Arbeitsweisen. Der Blickwinkel des Politischen im Journalismus rückt gesellschaftliche Realität, Kontingenz und Komplexität sowie Optionalität und Möglichkeitsräume in den Mittelpunkt. Dies regt an, die Theorien von John Dewey intensiver in den kommunikationswissenschaftlichen Diskurs aufzunehmen und für ein Forschungsfeld Politischer Journalismus zu nutzen.¹⁰

10 Deweys Demokratietheorie und seine Theorie der Öffentlichkeit schaffen auch Verbindungen zu Komplexitäts- und Netzwerktheorien, wie sie in der Kommunikationswissenschaft zum Beispiel von Waldherr (2017) und Neuberger (2017) vorgeschlagen wurden. Die beiden Ansätze von Pragmatismus und Agonismus sind jeweils für sich und in Kombination in der Lage,

Literatur

- Antic, A. (2015). Lippmann, Dewey und die digitale Vernetzung der Öffentlichkeit. In: U. Ackermann (Hrsg.), *Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung? Soziales Leben im Internet* (S. 115–130). Frankfurt a. M.: Humanities online.
- Antic, A. (2017). Digitale Öffentlichkeiten im demokratischen Experimentalismus. In: D. Jacob & T. Thiel (Hrsg.), *Politische Theorie und Digitalisierung* (S. 139–160). Baden-Baden: Nomos.
- Beck, S. (2011). Zwischen Entpolitisierung von Politik und Politisierung von Wissenschaft: Die wissenschaftliche Stellvertreterdebatte um Klimapolitik. In: S. Schütttemeyer (Hrsg.), *Politik im Klimawandel* (S. 239–258). Baden-Baden: Nomos.
- Birkner, T. (2010). Das Jahrhundert des Journalismus – ökonomische Grundlagen und Bedrohungen. *Publizistik* 55, 51–54.
- Blum, R., Bonfadelli, H., Imhof, K. & Jarren, O. (Hrsg.) (2011). *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation – Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen*. Ditzingen: Reclam.
- Buchstein, H. & Jörke, D. (2003). Das Unbehagen der Demokratietheorie. *Leviathan* 31, 470–495.
- Budarick, J. (2018). Ethnic Media and Counterhegemony: Agonistic Pluralism, Policy, and Professionalism. *International Journal of Communication* 12 (2018), 2406–2420.
- Budarick, J. (2019). *Ethnic Media and Democracy. From Liberalism to Agonism*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Burnham, P. (2000). Globalisation, Depoliticisation and „Modern“ Economic Management. In: W. Bonefeld & K. Psychopedis (eds). *The Politics of Change: Globalisation, Ideology and Critique* (pp. 9–30). London: Palgrave.
- Calhoun, C. (2017). Facets of the Public Sphere. In: F. Engelstad et al. (eds.). *Institutional Change in the Public Sphere. Views on the Nordic Model* (pp. 23–45). Warschau, Berlin: De Gruyter Open.
- Carpentier, N. & Cammaerts, B. (2006). Bringing Hegemony, Agonism and the Political into Journalism and Media Studies. An Interview with Chantal Mouffe. *Journalism Studies*, 7(6): 964–975. <https://doi.org/10.1080/14616700600980728>.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Crouch, C. (2021). *Postdemokratie revisited*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Decker, M. et al. (2018). „Grand Challenges“ meistern. Der Beitrag der Technikfolgenabschätzung. Baden-Baden: Nomos.
- Detjen, J. (1998). Pluralismus. In: O. Jarren, U. Sarcinelli & U. Saxer (Hrsg.). *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 275–284). Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dewey, J. (1922). Individuality, Equality and Superiority. In: ders. *Characters and Events, Popular Essays in Social and Political Philosophy*, ed. by John Ratner, Vol. 2 (S. 486–492). New York: Henry Holt and Company.
- Dewey, J. (2011). *Demokratie und Erziehung*. 5. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Dewey, J. ([1927] 2016): *The Public and Its Problems. An Essay in Political Inquiry*. Athens (Ohio): Swallow Press.
- Dikovich, A. (2020). Schmerz und Hegung. Das Politische und die Institutionalisierung seiner Grenzen. *Metodo* 8(1). <https://doi.org/10.19079/metodo.8.1.195>.
- Fawcett, P., Flinders, M., Hay, C. & Wood, M. (2017). *Anti-Politics, Depoliticization, and Governance*. Oxford: University Press.
- Fraenkel, E. (1991). *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

die Facetten von Informationsvermittlung außerhalb von Massenmedien sowie die Vielfalt der hinzugetretenen digitalen Praktiken abzubilden. Für Dewey ist praktisches Handeln stets mit Ungewissheit behaftet, weil Praxis situativ und kontextabhängig ist, was eine exakte Reproduzierbarkeit ausschließt (Knöbl 2012: 69) und damit ein Fundament für Handeln in Unsicherheit darstellt. Dies bietet nicht nur vor dem Hintergrund der Digitalisierung Anschlussmöglichkeiten an Komplexitätstheorie und Netzwerktheorie.

- Gerhards, J. & Neidhardt, F. (1990). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, FS III 90–101.
- Götz, A. (2017). Kritik der Öffentlichkeiten. John Dewey neu denken. Wiesbaden: Springer VS.
- Greven, M. T. (2010). Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: T. Bedorf & K. Röttgers (Hrsg.). Das Politische und die Politik (S. 68–88). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hagen, L.-M. & Seifert, C. (2015). Das Wirtschaftswachstum und die Objektivität seiner Darstellung in den Medien. Eine normative und empirische Betrachtung. In: O. Jandura, T. Petersen, C. Mothes & A.-M. Schielicke (Hrsg.). Publizistik und gesellschaftliche Verantwortung – Festschrift für Wolfgang Donsbach (S. 173–198). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Hanitzsch, T. & Lauerer, C. (2019). Berufliches Rollenverständnis. In: T. Hanitzsch et al. (Hrsg.). Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz (S. 135–162). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-27910-3_6.
- Hanusch, F. & Hanitzsch, T. (2017). Comparing Journalistic Cultures across Nations: What We Can Learn from the Worlds of Journalism Study. *Journalism Studies*, 5(18), 525–535. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2017.1280229>.
- Heinrich, E. (2021). Lösungen, Perspektiven, Dialog – Warum Konstruktiver Journalismus sich für Medien und Gesellschaft lohnt. Marl: Grimme-Institut.
- Hofmann, N. (2010). Medienkonzentration und Meinungsvielfalt. Eine Analyse der Funktionsgrenzen der Fusionskontrolle auf dem Pressemarkt. Baden-Baden: Nomos.
- Hildebrand, M. & Séville, A. (2015). Populismus oder agonale Demokratie? Bruchlinien der theoretischen Symbiose von Laclau und Mouffe. *PVS*, 56, 1, 27–43.
- Jarren, O. (2015). Ordnung durch Medien? In: K.-D. Altmeyden et al. (Hrsg.). Soziale Ordnung durch Kommunikation (S. 29–49). Baden-Baden: Nomos.
- Karppinen, K., Moe, H. & Svensson, J. (2008). Habermas, Mouffe and Political Communication. A Case for Theoretical Eclecticism. *Javnost – The Public* (15)3, 5–22.
- Kim, S. (2021). Von Lefort zu Mouffe. Populismus als Moment und Grenze radikaler Demokratie. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2021). <https://doi.org/10.1007/s41358-021-00263-6>.
- Kloppenborg, J. T. (2000). Demokratie und Entzauberung der Welt: Von Weber und Dewey zu Habermas und Rorty. In: H. Joas (Hrsg.). Philosophie der Demokratie (S. 44–80). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Knöbl, W. (2012). Kontingenzen und methodologische Konsequenzen. Vom schwierigen Umgang mit einem sperrigen Thema. In: K. Toens & U. Willems (Hrsg.). Politik und Kontingenz (S. 65–93). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Köpke, W. (2017). Narrativer Fernsehjournalismus: Rezeptions- und kommunikatorbezogene Begründung einer journalistischen Neuorientierung. In: A. Schach (Hrsg.). Storytelling. Geschichten in Text, Bild und Film (S. 193–203). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Kramp, L. & Weichert, S. (2020). Nachrichten mit Perspektive. Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland. Frankfurt a. M.: Otto Brenner Stiftung.
- Krieken, K. v. & Sanders, J. (2019). What is Narrative Journalism? A Systematic Review and an Empirical Agenda. *Journalism* July. <https://doi.org/10.1177/1464884919862056>.
- Laclau, E. & Mouffe, C. (1985). Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics. London: Verso.
- Loosen, W. (2018). Four Forms of Datafied Journalism. Journalism's Response to the Datafication of Society. Bremen: Research Network 'Communicative Figurations', University of Bremen, Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) (Communicative Figurations Working Paper 18, March). https://www.kommunikative-figurationen.de/fileadmin/user_upload/Arbeitspapiere/CoFi_EWP_No-18_Loosen.pdf [13.01.2022].
- Loosen, W., Reimer, J. & Hölig, S. (2020). Was Journalisten sollen und wollen. (In-)Kongruenzen zwischen journalistischem Rollenselbstverständnis und Publikumserwartungen. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut. (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts; 49). <https://doi.org/10.21241/ssoar.71726>.
- Loosen, W., Ahva, L., Reimer, J., Solbach, P., Deuze, M. & Matzat, L. (2020). 'X Journalism'. Exploring Journalism's Diverse Meanings through the Names We Give It. *Journalism*. <https://doi.org/10.1177/1464884920950090>.

- Lünenborg, M. & Sell, S. (2018). Politischer Journalismus als Forschungsfeld: Theoretische Verortung und empirische Zugänge. In: dies. (Hrsg.). *Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik* (S. 3–31). Wiesbaden: Springer VS.
- McIntyre, K. & Gyldensted, C. (2017). Constructive Journalism: Applying Positive Psychology Techniques to News Production. *The Journal of Media Innovations* 4(2), 20–34.
- Maesele, P. & Raaijmakers, D. (2020). Nothing on the News but the Establishment Blues? Towards a Framework of Depoliticization and Agonistic Media Pluralism, *Journalism* 21(11), 1593–1610, <https://doi.org/10.1177/1464884917739476>.
- Meyen, M. (2020). Die Leitmedien als Problem. Warum der Gegendiskurs dem Journalismus helfen könnte. *Journalistik. Zeitschrift für Journalismusforschung* 3(3), 262–273.
- Meyer, T. (1992). Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, T. (2001). Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, T. (2003). Was ist Politik? 2., überarb. und erweiterte Auflage. Opladen: Leske und Budrich.
- Michelsen, D. (2018). Agonaler Konstitutionalismus? Zum Verhältnis von Politik und Recht in der agonalen Demokratietheorie. *ZfP Zeitschrift für Politik* 65(2), 150–167.
- Michelsen, D. & Walter, F. (2017). Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. 2. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2016). Agonistik. Die Welt politisch denken. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2017). Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mouffe, C. (2018). Das demokratische Paradox. Wien: Turia und Kant.
- Müller, J.-W. (2021). Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit. Wie schafft man Demokratie? Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Neuberger, C. (2014). Konflikt, Konkurrenz und Kooperation. Interaktionsmodi in einer Theorie der dynamischen Netzwerköffentlichkeit. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 62(4), 567–587.
- Neuberger, C. (2017). Die Rückkehr der Masse: Kollektivphänomene im Internet aus Sicht der Massen- und Komplexitätstheorie. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 65(3), 550–572.
- Nolte, P. (2012). Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. München: C. H. Beck.
- Nonhoff, M. (2007). Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung. In: ders. (Hrsg.). *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe* (S. 7–24). Bielefeld: Transcript.
- Oehler, P. (2018). Demokratie und Soziale Arbeit. Entwicklungslinien und Konturen demokratischer Professionalität. Wiesbaden: Springer VS.
- Otto, K. & Köhler, A. (2017) (Hrsg.). *Qualität im wirtschaftspolitischen Journalismus*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Pöttker, H. (2000). Kompensation von Komplexität. In: M. Löffelholz (Hrsg.). *Theorien des Journalismus* (S. 375–390). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pranz, S. & Sauer, C. (2017). „Konstruktiver Journalismus“ – Reflexion über einen Branchentrend, der alte Fragen zum Verhältnis von Pädagogik und Journalismus neu aufwirft. In: S. Allmann & C. Talmon-Gros (Hrsg.). *Kon-Texte. Pädagogische Spurensuche* (S. 99–122). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Raaijmakers, D. & Maesele, P. (2015). Media, Pluralism and Democracy: What’s in a Name? *Media, Culture & Society* 37(7), 1042–1059.
- Raaijmakers, D. & Maesele, P. (2017). In Objectivity we trust? Pluralism, Consensus, and Ideology in Journalism Studies. *Journalism* 18(6), 647–663.
- Rancière, J. (2002). Das Unvernehmen – Politik und Philosophie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Richter, H. (2020). Demokratie. Eine deutsche Affäre. München: C. H. Beck.
- Ritzi, C. & Zierold, A. (2019). Grenzenlos, frei und politisch? Öffentlichkeit unter den Bedingungen der Digitalisierung aus radikaldemokratischer Perspektive. In: M. Oswald & I. Borucki (Hrsg.). *Demokratietheorie im Zeitalter der Frühdigitalisierung* (S. 25–46). Wiesbaden: Springer VS.
- Rorty, R. (2007). *Philosophy as Cultural Politics. Philosophical Papers IV*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Saxer, U. (1998). System, Systemwandel und politische Kommunikation. In: O. Jarren, U. Scarcinelli & U. Saxer (Hrsg.). Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft (S. 21–64). Opladen und Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schäfer, A. & Meiering, D. (Hrsg.) (2020). (Ent-)Politisierung? Die demokratische Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos.
- Schimank, U. (2006). Rationalitätsfiktionen in der Entscheidungsgesellschaft. In: D. Tänzler et al. (Hrsg.). Zur Kritik der Wissensgesellschaft (S. 57–82). Konstanz: UVK.
- Schlütz, D. (2020). Auditive „deep dives“: Podcasts als narrativer Journalismus. *kommunikation@gesellschaft* 21(2). <https://doi.org/10.15460/kommges.2020.21.2.620>.
- Schulz, W. (2011). Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schwarz, S.-V. (2017). Agonistische Öffentlichkeit bei Chantal Mouffe: Zwischen lebendiger Demokratie und Populismus. In: A. Hetzel (Hrsg.). Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (S. 193–230). Baden-Baden: Nomos.
- Selk, V. (2011). Die Politik der Entpolitisierung als Problem der Politikwissenschaft und der Demokratie. *ZPTb* 2(2), 185–200.
- Selk, V. (2020). Postdemokratie und Gemeinwohrrhetorik. In: C. Hiebaum (Hrsg.). Handbuch Gemeinwohl (S. 1–15). Wiesbaden: Springer.
- Selk, V. & Jörke, D. (2012). Der Vorrang der Demokratie. Die pragmatische Demokratietheorie von John Dewey und Richard Rorty. In: W. Lembcke et al. (Hrsg.). Zeitgenössische Demokratietheorie (S. 255–284). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Séville, A. (2017). Poststrukturalistische Diskurs- und Hegemonietheorie. Die Veränderbarkeit der Ordnung. Mit Laclau und Mouffe für Politik und Kontingenz. In: M. Gloe & T. Oefferding (Hrsg.). Politische Bildung meets Politische Theorie (S. 245–260). Baden-Baden: Nomos.
- Séville, A. (2018). There is no Alternative (TINA). Über den faden Sound der Alternativlosigkeit. *Kursbuch*, 194, S. 47–61.
- Sievi, L. (2017). Demokratie ohne Grund – kein Grund für Demokratie? Zum Verhältnis von Demokratie und Poststrukturalismus. Bielefeld: Transcript.
- Steindl, N.; Lauerer, C. & Hanitzsch, T. (2017). Journalismus in Deutschland. Aktuelle Befunde zu Kontinuität und Wandel im deutschen Journalismus. *Publizistik* 62, 401–423.
- Steinigeweg, J. (2021). Soziale Verantwortung statt Resignation. Auswirkungen konstruktiver Nachrichten auf prosoziale Verhaltensintentionen der Rezipient:innen. *Publizistik* 66, 489–511. <https://doi.org/10.1007/s11616-021-00681-0>.
- Sturm, R. (2013). Die Entdeckung einer Politik des Unpolitischen. Zur Institutionalisierung der „List der Vernunft“ in der Fiskalpolitik. *PVS*, 54(3), 403–414.
- Urner, M. (2019). Schluss mit dem täglichen Weltuntergang – Wie wir uns gegen die digitale Vermüllung unserer Gehirne wehren. München: Droemer.
- Waldherr, A. (2017). Öffentlichkeit als komplexes System: Theoretischer Entwurf und methodische Konsequenzen. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 65(3), 534–549.
- Wallaschek, S. (2017). Chantal Mouffe und die Institutionenfrage. *Zeitschrift für Politische Theorie* 8(1), 3–21.
- Wessler, H. & Rinke, E. M. (2016). Journalismus und Politik. In: M. Löffelholz & L. Rothenberger (Hrsg.). Handbuch Journalismustheorien (S. 639–654). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Wiesner, C. (2020). Politisierung, Politik und Demokratie. Zu Theorie und Konzeption eines komplexen politikwissenschaftlichen Begriffsgefüges. In: A. Schäfer & D. Meiering (Hrsg.). (Ent-)Politisierung? Die demokratische Gesellschaft im 21. Jahrhundert (37–64). Baden-Baden: Nomos.

